„Der reale Irrsinn“

Morgen, Mittwoch, den 5. August 2020 in der Satiresendung extra3 um 22.50 Uhr im NDR – und in der bitteren Realität beim Streit um die unsinnige Verlegung des Strandbads Babelsberg.

Hier ist die Pressemitteilung des Netzwerkes „Stadt für alle“ – auch zur Welle der Bußgeldbescheide, mit denen die Stadt Potsdam aktuell Aktivist*innen und Bürger*innen überzieht:

PM 1 extra3Herunterladen

Presseinformation:
„Der reale Irrsinn“ in extra3.
Diesmal: Die schlechte Figur
der Landeshauptstadt Potsdam im Streit um einen Weg im Park Babelsberg“

Am kommenden Mittwoch ist Potsdam wieder einmal Thema in der Sendung „Extra3“ des NDR. Diesmal mit dem im wahrsten Sinne des Wortes „abwegigen Plan“ der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) im Schulterschluss mit der LHP mehrere Millionen Euro auszugeben, um einen Weg im Park Babelsberg ein paar Meter zur Seite zu verlegen.

Wir haben in den letzten Monaten den „realen Irrsinn“ dieser Pläne erlebt. Für die „richtige Lage“ des angeblich historischen Parkwegs werden mehrere Funktionsgebäude abgerissen, das Strandbad verkleinert, der Potsdamer Seesportclub auf Jahre in Container verbannt. Kosten insgesamt: Mehrere Mio. €. – in Coronakrisenzeiten. In einer Stadt, die sich sehr lange

geziert hat,
Geld für eine Rückkehr ihrer Krankenhausbeschäftigten in den TVöD
in die Hand zu nehmen.

Neben
den hohen Kosten fürchten viele Babelsberger_innen um die freien
Badestellen neben dem neuen Strandbad – hat die Stadt doch in Aussicht gestellt, es sei nicht Sinn der Sache, dass Leute wild baden
gehen, während das neue Strandbad mit seinem 5-Millionen-Neubau
deutlich weniger frequentiert werde. Schließlich solle der Neubau
durch Eintrittspreise refinanziert werden. Bei der Entscheidung
wurden eine große Petition tausender Menschen, Proteste der Anwohner*innen, Demonstrationen und Alternativvorschläge stoisch
ignoriert.

Für
viele Menschen in Potsdam geht diese bittere Satire allerdings noch
weiter.

BußgeldbescheidHerunterladen
In den letzten Wochen haben über 30 Aktivist*innen gleichlautende Bußgeldbescheide bekommen – Kosten: jeweils 148,50 €. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie Mitte April, am Tag des geplanten Beginns der Abrissarbeiten am Potsdamer Seesportclub protestieren wollten. Immerhin sollte der Abriss mitten im Lockdown und ohne öffentliche Diskussion oder Information beginnen.

Das
Netzwerk „Stadt für alle“ hilft dabei, den Protest gegen den

Bußgeldbescheid für diesen Protest zu bündeln. Denn die darin formulierten Vorwürfe sind unverständlich bis unhaltbar. Insbesondere ist die Verordnung, aus der sich das generelle Versammlungsverbot ergibt, mittlerweile als nicht verfassungskonform
außer Kraft gesetzt worden.

Bleibt
die Frage, warum die Ordnungsbehörde der Stadt Potsdam so auf Eskalation setzt?! Es liegt in ihrem Ermessen, diesen Protest zu
kriminalisieren, oder nicht. Da fast alle Betroffenen Einspruch
erhoben haben, drohen jetzt Dutzende Verfahren beim überlasteten
Amtsgericht – und dies angesichts der politischen Brisanz der weiter aktuellen Themas.

Wir
würden uns aber freuen, wenn die „Beteiligungshauptstadt Potsdam“
(Selbstbezeichnung der Landeshauptstadt) ihre Bürger*innen endlich
wirklich beteiligen würde, statt Bußgeldbescheide zu verschicken,
wenn diese massenhaft eine andere Meinung haben.

Unsere
Folge bei „Der reale Irrsinn“ der Sendereihe Extra3 bei NDR wird
am Mittwoch, den
5.
August 2020, um 22.50 Uhr im NDR gezeigt.

Netzwerk „Stadt für alle“ Potsdam

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra_3/index.html